

**Betriebssatzung KIJU**

Alte Fassung	Neufassung
<p style="text-align: center;"><b>§ 4</b> <b>Zuständigkeit des Rates</b></p> <p>(1) Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten des Betriebes, die ihm durch die Gemeindeordnung und die Eigenbetriebsverordnung vorbehalten sind. Insbesondere entscheidet der Rat über:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Zusammensetzung und Bestellung der Betriebsleitung einschließlich evtl. Vertreter,</li> <li>- die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,</li> <li>- die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Deckung eines Verlustes,</li> <li>- die Rückzahlung von Eigenkapital an die Gemeinde,</li> </ul> <p>(2) Der Rat ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 4</b> <b>Zuständigkeit des Rates</b></p> <p>(1) Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten des Betriebes, die ihm durch die Gemeindeordnung und die Eigenbetriebsverordnung vorbehalten sind. Insbesondere entscheidet der Rat über:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Zusammensetzung und Bestellung der Betriebsleitung einschließlich evtl. Vertreter,</li> <li>- die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,</li> <li>- die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Jahresgewinnes oder die <b><u>Behandlung eines Jahresverlustes und die Entlastung des Betriebsausschusses</u></b>,</li> <li>- die Rückzahlung von Eigenkapital an die Gemeinde,</li> </ul> <p>(2) Der Rat ...</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b> <b>Zuständigkeit des Jugendhilfeausschuß</b></p> <p>(1) Der Jugendhilfeausschuß (JHA) entscheidet im Rahmen der ihm aus den §§ 70/71 KJHG zugewiesenen Rechte über den Umfang der pädagogischen Leistungen.</p> <p>(2) Er ist vor allen Entscheidungen des Rates hinsichtliche des pädagogischen Angebotes, der Personalstandards und der Pflegesätze zu beteiligen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b> <b>Zuständigkeit des <u>Jugendhilfeausschusses</u></b></p> <p>(1) Der <b><u>Jugendhilfeausschuss</u></b> (JHA) entscheidet im Rahmen der ihm aus den §§ 70/71 KJHG zugewiesenen Rechte über den Umfang der pädagogischen Leistungen.</p> <p>(2) Er ist vor allen Entscheidungen des Rates <b><u>hinsichtlich</u></b> des pädagogischen Angebotes, der Personalstandards und der Pflegesätze zu beteiligen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b> <b>Werksausschuß</b></p> <p>(1) Der Werksausschuß besteht aus 11 stimmberechtigten Mitgliedern, die vom Rat der Stadt bestellt werden.</p> <p>(2) Für den Werksausschuß gelten die Vorschriften des Jugendhilfeausschusses, soweit</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b> <b><u>Betriebsausschuss</u></b></p> <p>(1) Der <b><u>Betriebsausschuss</u></b> besteht aus 11 stimmberechtigten Mitgliedern, die vom Rat der Stadt bestellt werden.</p> <p>(2) Für den <b><u>Betriebsausschuss</u></b> gelten die Vorschriften des Jugendhilfeausschusses,</p>

<p>die Satzung keine besonderen Bestimmungen enthält.</p> <p>(3) An den Beratungen des Werksausschusses nimmt die Betriebsleitung teil; sie ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, ihre Ansicht zu einem Punkt der Tagesordnung darzulegen.</p>	<p>soweit die Satzung keine besonderen Bestimmungen enthält.</p> <p>(3) An den Beratungen des <b><u>Betriebsausschusses</u></b> nimmt die Betriebsleitung teil; sie ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, ihre Ansicht zu einem Punkt der Tagesordnung darzulegen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Aufgaben des Werksausschusses</b></p> <p>(1) Der Werksausschuß berät die Beschlüsse des Rates vor.</p> <p>(2) Der Werksausschuß entscheidet über die ihm nach der Eigenbetriebsverordnung zugewiesenen Aufgaben.</p> <p>(3) Darüber hinaus entscheidet er über die ihm vom Rat der Stadt ausdrücklich übertragenen Aufgaben sowie über</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- den Abschluß von Verträgen im Wert von über 100.000,00 DM,</li> <li>- die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, es sei denn, daß sie unabweisbar sind,</li> <li>- Stundungen, Niederschlagungen sowie den Erlass von Forderungen über 20.000,00 DM,</li> <li>- die Benennung des Prüfers für den Jahresabschluß,</li> <li>- die Festlegung allgemeiner Vertragsbedingungen,</li> <li>- den Erlass einer Geschäftsanweisung für die Betriebsleitung.</li> </ul> <p>(4) Der Werksausschuß entscheidet ferner in den Angelegenheiten, die der Beschlusfassung des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In den Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Oberbürgermeister mit dem Vorsitzenden des Werksausschusses entscheiden; § 60 Abs. 1 Satz 3 und 4 Gemeindeordnung NW gelten entsprechend.</p> <p>(5) Der Werksausschuß überwacht die Geschäftsführung der Betriebsleitung.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Aufgaben des <u>Betriebsausschusses</u></b></p> <p>(1) Der <b><u>Betriebsausschuss</u></b> berät die Beschlüsse des Rates vor.</p> <p>(2) Der <b><u>Betriebsausschuss</u></b> entscheidet über die ihm nach der Eigenbetriebsverordnung zugewiesenen Aufgaben.</p> <p>(3) Darüber hinaus entscheidet er über die ihm vom Rat der Stadt ausdrücklich übertragenen Aufgaben sowie über</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- den Abschluss von Verträgen im Wert von über <b><u>50.000 Euro</u></b>,</li> <li>- die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, es sei denn, <b><u>dass</u></b> sie unabweisbar sind,</li> <li>- Stundungen, Niederschlagungen sowie den <b><u>Erlass</u></b> von Forderungen über <b><u>10.000 Euro</u></b>,</li> <li>- die Benennung des Prüfers für den <b><u>Jahresabschluss</u></b>,</li> <li>- <b><u>die Entlastung der Betriebsleitung</u></b>,</li> <li>- die Festlegung allgemeiner Vertragsbedingungen,</li> <li>- den <b><u>Erlass</u></b> einer Geschäftsanweisung für die Betriebsleitung</li> </ul> <p>(4) Der <b><u>Betriebsausschuss</u></b> entscheidet ferner in den Angelegenheiten, die der <b><u>Beschlussfassung</u></b> des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In den Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Oberbürgermeister mit dem Vorsitzenden des <b><u>Betriebsausschusses</u></b> entscheiden; § 60 Abs. 1 Satz 3 und 4 Gemeindeordnung NW gelten entsprechend.</p> <p>(5) Der <b><u>Betriebsausschuss</u></b> überwacht die Geschäftsführung der Betriebsleitung.</p>

<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Oberbürgermeister, Beigeordneter,</b></p> <p>(1) Der Oberbürgermeister ...</p> <p>(2) Der Oberbürgermeister achtet darauf, daß die Tätigkeit der Betriebsleitung im Einklang mit den Zielen der allgemeinen Verwaltung steht und daß die Interessen des Betriebes und anderer Teile der Stadtverwaltung ausgeglichen sind.</p> <p>(3) Der Oberbürgermeister kann der Betriebsleitung im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltung Weisungen erteilen. Glaubt die Betriebsleitung nach pflichtgemäßem Ermessen, die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Oberbürgermeisters nicht übernehmen zu können, so hat sie die Angelegenheit dem Werksausschuß vorzutragen. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Werksausschuß und dem Oberbürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Hauptausschusses herbeizuführen.</p> <p>(4) Der Oberbürgermeister ...</p> <p>(5) Der Oberbürgermeister ...</p> <p>(6) Die für das Sozialwesen zuständigen Beigeordneten bzw. Geschäftsbereichsleiter vertreten und unterstützen den Oberbürgermeister bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben gemäß Abs. 1 bis 3. Sie sind berechtigt, an den Sitzungen des Werksausschusses teilzunehmen. Die Betriebsleitung hat sie über die wichtigen Angelegenheiten des Betriebes zu unterrichten. Die Geschäftsbereichsleiter und die Betriebsleitung sollen regelmäßig die Aufgaben des Betriebes mit denen der anderen Ressorts des Geschäftsbereiches koordinieren.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Oberbürgermeister, Beigeordneter,</b></p> <p>(1) Der Oberbürgermeister ...</p> <p>(2) Der Oberbürgermeister achtet darauf, <b>dass</b> die Tätigkeit der Betriebsleitung im Einklang mit den Zielen der allgemeinen Verwaltung steht und <b>dass</b> die Interessen des Betriebes und anderer Teile der Stadtverwaltung ausgeglichen sind.</p> <p>(3) Der Oberbürgermeister kann der Betriebsleitung im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltung Weisungen erteilen. Glaubt die Betriebsleitung nach pflichtgemäßem Ermessen, die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Oberbürgermeisters nicht übernehmen zu können, so hat sie die Angelegenheit dem <b>Betriebsausschuss</b> vorzutragen. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem <b>Betriebsausschuss</b> und dem Oberbürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Hauptausschusses herbeizuführen. <b><u>Dies gilt nicht für Angelegenheiten der laufenden Betriebsführung, die ausschließlich der Betriebsleitung unterliegen.</u></b></p> <p>(4) Der Oberbürgermeister ...</p> <p>(5) Der Oberbürgermeister ...</p> <p>(6) Die für das Sozialwesen zuständigen Beigeordneten bzw. Geschäftsbereichsleiter vertreten und unterstützen den Oberbürgermeister bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben gemäß Abs. 1 bis 3. Sie sind berechtigt, an den Sitzungen des <b>Betriebsausschusses</b> teilzunehmen. Die Betriebsleitung hat sie über die wichtigen Angelegenheiten des Betriebes zu unterrichten. Die Geschäftsbereichsleiter und die Betriebsleitung sollen regelmäßig die Aufgaben des Betriebes mit denen der anderen Ressorts des Geschäftsbereiches koordinieren.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b>Aufgaben des Jugendamtes</b></p> <p>(1) Bei Aufgaben im Rahmen des KJHG ist die besondere Stellung des Jugendamtes zu beachten</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b>Aufgaben des Jugendamtes</b></p> <p>(1) Bei Aufgaben im Rahmen des KJHG ist die besondere Stellung des Jugendamtes zu beachten.</p>

<p>(2) Beschlußvorlagen, die zu neuen Aufgaben nach dem KJHG führen, eine Erhöhung der Personalstandards darstellen oder die Pflegesätze erhöhen, sind mit der Verwaltung des Jugendamtes vor Einbringung in das parlamentarische Verfahren abzustimmen.</p>	<p>(2) <b>Beschlussvorlagen</b>, die zu neuen Aufgaben nach dem KJHG führen, eine Erhöhung der Personalstandards darstellen oder die Pflegesätze erhöhen, sind mit der Verwaltung des Jugendamtes vor Einbringung in das parlamentarische Verfahren abzustimmen.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 10 Betriebsleitung</b></p> <p>(1) Zur Leitung ...</p> <p>(2) Der Betriebsleitung ...</p> <p>(3) Die Betriebsleitung entscheidet über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen, die unabweisbar sind. Der Oberbürgermeister sowie der Werksausschuß sind hierüber unverzüglich zu unterrichten.</p> <p>(4) Soweit der Betriebsleitung ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 10 Betriebsleitung</b></p> <p>(1) Zur Leitung ...</p> <p>(2) Der Betriebsleitung ...</p> <p>(3) Die Betriebsleitung entscheidet über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen, die unabweisbar sind. Der Oberbürgermeister sowie der <b>Betriebsausschuss</b> sind hierüber unverzüglich zu unterrichten.</p> <p>(4) Soweit der Betriebsleitung ...</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 11 Vertretung nach außen</b></p> <p>(1) In Angelegenheiten des Betriebes, die der Entscheidung der Betriebsleitung oder des Werksausschusses unterliegen, wird die Stadt Wuppertal unbeschadet der besonderen Vorschriften über die Abgabe formbedürftiger Verpflichtungserklärungen durch die Betriebsleitung vertreten.</p> <p>(2) Die Betriebsleitung ...</p> <p>(3) Andere Dienstkräfte ...</p> <p>(4) Formbedürftige ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 11 Vertretung nach außen</b></p> <p>(1) <b><u>In den Angelegenheiten des Betriebes wird die Stadt Wuppertal</u></b> unbeschadet der besonderen Vorschriften über die Abgabe formbedürftiger Verpflichtungserklärungen durch die Betriebsleitung vertreten.</p> <p>(2) Die Betriebsleitung ...</p> <p>(3) Andere Dienstkräfte ...</p> <p>(4) Formbedürftige ...</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 12 Wirtschaftsführung</b></p> <p>(1) Der Betrieb ist wirtschaftlich zu führen.</p> <p>(2) Der Betrieb ist finanzwirtschaftlich als Sondervermögen zu verwalten und nachzuweisen. Auf die Erhaltung des Sondervermögens ist Bedacht zu nehmen.</p> <p>(3) Das Wirtschaftsjahr des Betriebes entspricht dem Haushaltsjahr der Stadt.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 12 Wirtschaftsführung</b></p> <p>(1) Der Betrieb ist wirtschaftlich zu führen.</p> <p>(2) Der Betrieb ist finanzwirtschaftlich als Sondervermögen zu verwalten und nachzuweisen. Auf die Erhaltung des Sondervermögens ist Bedacht zu nehmen.</p> <p><b><u>(3) Der Betrieb hat eine kaufmännische Finanzbuchhaltung sowie eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen.</u></b></p>

<p>(4) Das Stammkapital beträgt 6.500.000 DM.</p>	<p><b><u>(4) Der Betrieb hat ein Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung einzurichten.</u></b></p> <p><b><u>(5)</u></b> Das Wirtschaftsjahr des Betriebes entspricht dem Haushaltsjahr der Stadt.</p> <p><b><u>(6)</u></b> Das Stammkapital beträgt <b><u>3.323.397,23 Euro.</u></b></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 13</b> <b>Grundsatz für die Auftragsvergabe</b></p> <p>Die Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal sind verpflichtet, bei der Vergabe externer Aufträge die öffentliche Vergabegrundsätze im Sinne von § 31 GemHVO zu beachten.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 13</b> <b>Grundsatz für die Auftragsvergabe</b></p> <p>Die Kinder- und Jugendwohngruppen der Stadt Wuppertal sind verpflichtet, bei der <b><u>Vergabe von Aufträgen</u></b> die öffentlichen Vergabegrundsätze im Sinne von <b><u>§ 25</u></b> GemHVO zu beachten.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 15</b> <b>Wirtschaftsplan</b></p> <p>(1) Für den Betrieb wird vor Beginn eines Wirtschaftsjahres ein Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan und der Stellenübersicht und der 5-jährigen Finanzplanung, erstellt.</p> <p>(2) Der Entwurf des Wirtschaftsplanes ist von der Betriebsleitung in Abstimmung mit der Beteiligungsverwaltung aufzustellen und nach Beratung mit dem Kämmerer rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres über den Oberbürgermeister dem Werksausschuß vorzulegen, der ihn mit seinem Beratungsergebnis an den Rat der Stadt zur Feststellung weiterleitet.</p> <p>(3) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn</p> <p>a) das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Stadt beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder</p> <p>b) zum Ausgleich des Vermögensplans erheblich höhere Zuführungen der Gemeinde oder höhere Kredite erforderlich wären oder</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 15</b> <b>Wirtschaftsplan</b></p> <p>(1) Für den Betrieb wird <b><u>spätestens einen Monat</u></b> vor Beginn eines <b><u>jeden</u></b> Wirtschaftsjahres ein Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgsplan, Vermögensplan und der Stellenübersicht und der <b><u>mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung</u></b>, erstellt.</p> <p>(2) Der Entwurf des Wirtschaftsplanes ist von der Betriebsleitung in Abstimmung mit der Beteiligungsverwaltung aufzustellen und nach Beratung mit dem Kämmerer rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres über den Oberbürgermeister dem <b><u>Betriebsausschuss</u></b> vorzulegen, der ihn mit seinem Beratungsergebnis an den Rat der Stadt zur Feststellung weiterleitet.</p> <p>(3) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn</p> <p>a) das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Stadt beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder</p> <p>b) zum Ausgleich des Vermögensplans erheblich höhere Zuführungen der Gemeinde oder höhere Kredite erforderlich wären oder</p>

<p>c) im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder</p> <p>d) eine erhebliche Vermehrung oder Anhebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, daß es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.</p> <p>Erheblich im Sinne des Buchstaben a) ist eine Abweichung von mehr als 100.000,00 DM. Erheblich im Sinne des Buchstaben b) ist eine Zuführung, die 100.000,00 DM übersteigt.</p> <p>(4) Ausgaben für sachlich eng zusammenhängende Vorhaben des Vermögensplanes sind gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus soll der Wirtschaftsplan gegenseitige Deckungsfähigkeit der Planansätze vorsehen, soweit dies für eine wirtschaftliche Betriebsführung zweckmäßig ist.</p> <p>(5) Mehrausgaben gegenüber dem Planansatz für Einzelvorhaben des Vermögensplanes; die 100.000,00 DM übersteigen, bedürfen der Zustimmung des Werksausschusses. Mehrausgaben, für die eine Deckung im Rahmen des Vermögensplanes nicht erreicht werden kann, bedürfen der Zustimmung des Oberbürgermeisters, der in Abstimmung mit dem Kämmerer entscheidet.</p>	<p>c) im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder</p> <p>d) eine erhebliche Vermehrung oder Anhebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.</p> <p>Erheblich im Sinne des Buchstaben a) ist eine Abweichung von mehr als <b>50.000 Euro</b>. Erheblich im Sinne des Buchstaben b) ist eine Zuführung, die <b>50.000 Euro</b> übersteigt.</p> <p><i>(alter Absatz 4 gestrichen)</i></p> <p><b>(4)</b> Mehrausgaben gegenüber dem Planansatz für Einzelvorhaben des Vermögensplanes; die <b>50.000 Euro</b> übersteigen, bedürfen der Zustimmung des <b>Betriebsausschusses</b>. Mehrausgaben, für die eine Deckung im Rahmen des Vermögensplanes nicht erreicht werden kann, bedürfen der Zustimmung des Oberbürgermeisters, der in Abstimmung mit dem Kämmerer entscheidet.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 16</b> <b>Berichtspflichten</b></p> <p>(1) Der Jahresabschluß, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht sind bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über den Oberbürgermeister dem Werksausschuß vorzulegen.</p> <p>(2) Die Betriebsleitung leitet dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer den Entwurf des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen zu.</p> <p>(3) Zur Überprüfung der Einhaltung strategischer und operativer Ziele berichtet die Be-</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 16</b> <b>Berichtspflichten</b></p> <p>(1) Der <b>Jahresabschluss</b>, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht sind bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über den Oberbürgermeister <b>sowie den Stadtkämmerer</b> dem <b>Betriebsausschuss</b> vorzulegen.</p> <p>(2) Die Betriebsleitung leitet dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer den Entwurf des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen zu.</p> <p>(3) Zur Überprüfung der Einhaltung strategi-</p>

<p>etriebsleitung dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer zusätzlich anhand spezifischer Kennzahlen innerhalb eines Monats nach Quartalschluß. Den Inhalt und Detaillierungsgrad des Kennzahlensystems bestimmt der Oberbürgermeister im Benehmen mit dem Kämmerer in Anwendung der für das Konzerncontrolling geltenden Regeln. Dabei ist eine Abstimmung mit der Betriebsleitung erforderlich.</p> <p>(4) Die Ergebnisse des Berichtswesens werden hinsichtlich der Zielsetzung, Zielerreichung und Zielabweichung von der Beteiligungsverwaltung systematisch bewertet und zu Steuerungs- und Führungsunterstützungsinformationen für Rat und Verwaltung aufbereitet. Die Ergebnisse werden der Betriebsleitung und - in Fällen besonderer Bedeutung - dem Werksausschuß zugeleitet. Auf Verlangen des Oberbürgermeisters ist der Werksausschuß verpflichtet, über die Ergebnisse zu beraten.</p>	<p>scher und operativer Ziele berichtet die Betriebsleitung dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer zusätzlich anhand spezifischer Kennzahlen innerhalb eines Monats nach <b>Quartalschluss</b>. Den Inhalt und Detaillierungsgrad des Kennzahlensystems bestimmt der Oberbürgermeister im Benehmen mit dem Kämmerer in Anwendung der für das Konzerncontrolling geltenden Regeln. Dabei ist eine Abstimmung mit der Betriebsleitung erforderlich.</p> <p>(4) Die Ergebnisse des Berichtswesens werden hinsichtlich der Zielsetzung, Zielerreichung und Zielabweichung von der Beteiligungsverwaltung systematisch bewertet und zu Steuerungs- und Führungsunterstützungsinformationen für Rat und Verwaltung aufbereitet. Die Ergebnisse werden der Betriebsleitung und - in Fällen besonderer Bedeutung - dem <b>Betriebsausschuss</b> zugeleitet. Auf Verlangen des Oberbürgermeisters ist der <b>Betriebsausschuss</b> verpflichtet, über die Ergebnisse zu beraten.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 18 Prüfung</b></p> <p>Unbeschadet der Abschlußprüfung prüft das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wuppertal die Wirtschaftsführung des Betriebes gemäß der Gemeindeordnung NW und der vom Rat der Stadt erlassenen Rechnungsprüfungsordnung.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 18 Prüfung</b></p> <p>Unbeschadet der <b>Abschlussprüfung</b> prüft das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wuppertal die Wirtschaftsführung des Betriebes gemäß der Gemeindeordnung NW und der vom Rat der Stadt erlassenen Rechnungsprüfungsordnung.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 19 Inkrafttreten</b></p> <p>Diese Satzung tritt am 01.01.1999 in Kraft.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 19 Inkrafttreten</b></p> <p><b><u>Diese Betriebsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.</u></b></p> <p><b><u>Die Betriebssatzung vom 21.12.1998 tritt außer Kraft.</u></b></p>